



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT  
PRESSESTELLE



Der Landesschülerbeirat

## **PRESSEMITTEILUNG**

24. Oktober 2011

Nr. 128/2011

### **Kultusministerin besucht Landesschülerbeirat**

#### **Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer und Simon Windmiller, Vorsitzender des Landesschülerbeirats, stimmen in wesentlichen Punkten der Bildungspolitik überein**

"Ich freue mich, dass der Landesschülerbeirat unsere Vorstellungen bei wichtigen bildungspolitischen Vorhaben teilt", betonte Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer nach dem Gespräch mit dem Landesschülerbeirat über aktuelle bildungspolitische Themen. "Wir hatten ein offenes und ungezwungenes Gespräch. Ich bin zuversichtlich, dass wir Schülervetreter Gehör finden und uns konstruktiv einbringen können", sagte Simon Windmiller, Vorsitzender des neunten Landesschülerbeirats (LSBR). Der LSBR sieht viele Übereinstimmungen zwischen der neuen Bildungspolitik und den Positionen der Schülervretretung. Beispielsweise gebe es bei der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, der Einführung der Gemeinschaftsschule oder der Erprobung von G9-Zügen in Modellversuchen gleiche Zielvorstellungen.

Ein wichtiges Thema des Gesprächs war die Stärkung des Landesschülerbeirats, der die rund 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler im Land vertritt. Starke Kommunikationswege seien für den LSBR von elementarer Bedeutung, erklärte Windmiller. So könnten die Ideen, Probleme und Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler konstruktiv in die Landespolitik eingebracht werden. Der 9. LSBR spricht sich deshalb für die Einrichtung von Regionalkonferenzen auf Ebene der Regierungspräsidien aus. Dadurch könnten die Schüler regelmäßig ihre Probleme und Erfahrungen austauschen und über die aktuellen bildungspolitischen Themen diskutieren. So werde der Meinungsbildungsprozess der Schülervretretung auf eine

breitere Basis gestellt und eine bessere Betreuung der SchülerMitVerantwortung (SMV) vor Ort sei möglich. "Regionalkonferenzen stärken nicht nur die direkte Demokratieerfahrung, sondern auch die demokratische Legitimierung der Schülervertretung", erklärte Windmiller. Dieses Anliegen sieht die Kultusministerin positiv und will es prüfen. „Ich halte es für sehr wichtig, dass die Landesschülervertretung so gut wie möglich bei den Schülerinnen und Schülern verankert ist, um die Meinungsbildung voranzutreiben", betonte die Ministerin.

Bei der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung verfolgen Kultusministerin und der LSBR eine gemeinsame Linie. „Die geplante Abschaffung der Verbindlichkeit ist ein wichtiger Schritt, um den Leistungsdruck in der Grundschule zu minimieren. Auch wird künftig das Verhältnis zwischen Eltern und Lehrkraft entspannter sein“, sagte Windmiller. Er unterstützte auch die Planungen, die neue Regelung mit einem intensiven Beratungsverfahren und einer stärkeren Kooperation zwischen Grundschule und weiterführenden Schulen zu begleiten. Das verringere die Gefahr, dass manche Eltern ihre Kinder auf Schularten schickten, die nicht deren Bedürfnissen entsprächen.

Differenzen gab es jedoch bei der Frage der Umsetzung. Der LSBR hält die geplante Umstellung schon im laufenden Schuljahr 2011/2012 für verfrüht, weil die Eltern bis dahin nicht das neue Beratungsverfahren durchlaufen hätten. Schon bei G8 sei deutlich geworden, zu welchen Fehlern eine überstürzte Einführung neuer Reformen führen könne. Diesen Fehler dürfe die neue Landesregierung nicht wiederholen. „Wenn das ausgeweitete Beratungsverfahren die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung ersetzen soll, dann müsste die Wahlfreiheit erst später einsetzen“, sagte Windmiller. Frau Warminski-Leitheußer entgegnete, dass die Beratungen in den Grundschulen bereits jetzt schon so eingespielt seien, dass es bei der geplanten Umsetzung keine Probleme geben werde.

Die Gemeinschaftsschule betrachtet der LSBR wie auch die Kultusministerin als große Entwicklungschancen für das Bildungssystem. „Bei guter Umsetzung wird die Gemeinschaftsschule die Chancengleichheit verbessern, die individuelle Förderung in den Vordergrund stellen und gleichzeitig für mehr sozialen Zusammenhalt sorgen“, betonte Windmiller. Er forderte aber, dass die Gemeinschaftsschule als Ganztagschule zu mehr Mitverantwortung und Mitgestaltung für die Schüler führen müsse. Dies gehöre zu einer neuen Lernkultur selbstverständlich dazu. Die Ministerin unterstrich, dass sie große Hoffnungen in die Gemeinschaftsschule setze: "Das große Interesse an dieser neuen Schulart macht deutlich, dass viele Schulträger, Eltern und Lehrkräfte sehr viele Vorteile in der Gemeinschaftsschule erkennen."